

Wien in der Krise: Sozialleistungen halten Bürger in der Abhängigkeit!

Der Artikel beleuchtet die aktuellen Debatten zur Wiener Mindestsicherung, deren Auswirkungen auf Zuwanderung und Integration diskutiert werden.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich -

Wien steht im Fokus der Sozialdebatte! Die jüngsten Äußerungen von Winfried Göschl, dem AMS Wien-Landesgeschäftsführer, haben Schlagzeilen gemacht. Laut Göschl zieht die Wiener Mindestsicherung Menschen an und führt dazu, dass viele in Abhängigkeit leben, anstatt aktiv am Arbeitsmarkt teilzunehmen. „Wer arbeiten geht, hat oft nicht mehr im Geldbörstel als jemand, der Mindestsicherung bezieht – das ist ein untragbarer Zustand“, beklagt Gemeinderat Hannes Taborsky. Diese Einschätzung wird von seiner Kollegin Caroline Hungerländer, Integrationssprecherin der Wiener Volkspartei, unterstützt. Sie fordert, die Mindestsicherung als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt zu gestalten und nicht als Daueralternative zur Erwerbstätigkeit.

Die Politik, insbesondere die rot-pinke Stadtregierung, ist angehalten, diese Missstände zu beheben. Taborsky und Hungerländer rufen dazu auf, die Sozialleistungen an die Standards in benachbarten Bundesländern anzupassen. Besonders die Staffelung der Mindestsicherung für Familien soll reformiert werden – ein Modell, das bereits in Ober- und Niederösterreich umgesetzt wird. Diese Reformen sollen nicht nur die Abhängigkeit von Sozialleistungen verringern, sondern

auch Anreize für Integration und Arbeitsaufnahme schaffen.

Hintergrundinformationen zur Mindestsicherung

Die Mindestsicherung in Wien beträgt für Alleinstehende oder Alleinerziehende 1.209,01 Euro, während mit anderen Personen in einer Gemeinschaft lebende erwachsene Personen nur 846,31 Euro erhalten. Kinder werden mit 326,44 Euro unterstützt. Die Berechnung dieser Leistung richtet sich nach dem Einkommen und Vermögen aller im Haushalt lebenden Personen. So sollen auch die Ausbildung und die aktive Mitarbeit in Kursen oder Arbeitsverhältnissen höher honoriert werden, wie **wien.gv.at** berichtet. Künftig soll die Höhe der Sozialleistungen in Wien so gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen der Arbeitnehmer gerecht wird und niemand dazu motiviert, sich auf staatliche Unterstützung zu verlassen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.wien.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at